

Anträge der SPD Augsburg an den Bundesparteitag der SPD

Die SPD Augsburg hat auf ihrer Jahreshauptversammlung am 23.11.24 folgende Anträge an den Bundesparteitag beschlossen:

Rente:

Festschreibung des Rentenniveaus bei 48%

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass die positive Entscheidung das Rentenniveau bei 48% festzuschreiben in der öffentlichen Darstellung mit konkreten Beispielen unterlegt wird. So ist darzustellen, was eine Absenkung auf 45% für die Rentnerinnen und Rentner sowie Beitragszahler in Zukunft bedeuten würde (nämlich einen Kaufkraftverlust von 113 € pro Monat bis 2034).

Im Weiteren wird am derzeit gültigen Renteneintrittsalter von 67 Jahren festgehalten.

Jugend:

Stärkere Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten

Die SPD setzt sich für eine stärkere Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten ein, z.B. durch eine kostenlose Nutzung des Deutschland-Tickets (58-Euro-Ticket) für Jugendcard-Besitzer*innen oder Leute mit Ehrenamtskarte

„JugendSoli“

Die SPD setzt sich für die Einführung eines bundesweiten Bildungs- und Jugendinvestitionsgesetzes ein. Dieses Gesetz soll

u.a. eine Pro-Kopf-Investition in Jugend- und Bildungsprojekte (z.B. lebenswerte Schulen mit sauberen Toiletten) festlegen.

Förderung der mentalen Gesundheit von Jugendlichen

Die SPD unternimmt Schritte dahin, bundesweite Programme zur Förderung der mentalen Gesundheit von Jugendlichen einzurichten, um die Belastung der jungen Generation abzufedern.

Kampagne mit jungen Menschen

Die BundesSPD entwickelt eine Kampagne mit jungen Menschen, um Jugendliche in ihren Lebensräumen zu erreichen. Dazu gehört, authentische Jugendbotschafter*innen aus der SPD zu fördern und zu entwickeln, intensive Nutzung von Social Media wie TikTok, die Verwendung von einfacher, klarer Sprache und der Zusammenarbeit von Influencer*innen.

Familie:

Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige

Die SPD Bundestagsfraktion hat dafür zu sorgen, dass eine sozialversicherungspflichtige Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige eingeführt wird. Im Weiteren wird die Umsetzung der Familienpflegezeitreform durch die Bundestagsfraktion gefordert.

Eine niederschwellige und aufsuchende Infrastruktur für Sorgearbeit vom Kind bis zum Senior ist zu schaffen, auch außerhalb der Großstädte.

Flucht und Migration:

Die SPD Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass auch abgelehnte AsylbewerberInnen Anträge auf Zugang zum Arbeitsmarkt auch in Deutschland stellen können. Im Weiteren soll das Fachkräfteeinwanderungsgesetz entbürokratisiert werden. Das Engagement der Arbeitgeber bei der Integration von Geflüchteten ist stärker zu fördern. Erwerbstätige Geflüchtete (in Duldung) werden auch nicht in sichere Herkunftsländer abgeschoben.

Arbeit und Wirtschaft:

Reform der „Schuldenbremse“

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die „Schuldenbremse“ in ihrer bestehenden Form reformiert wird, mit dem Ziel den Investitionsstau in Deutschland aufzulösen, um die Transformation durch Innovation und Umweltverträglichkeit zu meistern, damit tarifgebundene Arbeitsplätze gesichert und ausgeweitet werden.

Reform des Betriebsverfassungsgesetzes

Das Betriebsverfassungsgesetz soll dahingehend novelliert werden, dass die inhaltliche Mitbestimmung von Betriebsräten bei der wirtschaftlichen Unternehmensentwicklung verankert wird. Die Digitalisierung in Fragen der Interessenvertretungsarbeit muss eingeführt und ausgebaut werden.

Integration in den und Inklusion am Arbeitsmarkt

Die SPD setzt sich einfacheren Zugang und bessere Integration in den und Inklusion am Arbeitsmarkt ein.

Verbandsklagerecht

Die SPD setzt sich im Kontext von Arbeit und Wohnen für die Einführung eines Verbandsklagerechts auf Bundesebene ein.

Begründung:

Häufig sind Arbeitnehmende und Mieter nicht in der Lage, die geltenden Vorschriften zum Mindestlohn und zum Schutz vor Mieterhöhungen selbst gerichtlich durchzusetzen. Hier kann ein Verbandsklagerecht helfen.

Mindestlohn

Eine weitere Erhöhung des Mindestlohns und eine Neustrukturierung der Mindestlohnkommission ist unerlässlich.

Pflege:

Die SPD setzt sich für die Einführung einer „Pflegevollversicherung“ ein.